

krete politische Auseinandersetzung am Arbeitsplatz zu erreichen. Keineswegs wollten und forderten wir jedoch administrative Maßnahmen, die wir schon deshalb ablehnten, weil sich in ihrem Ergebnis erfahrungsgemäß oppositionelle Haltungen weiter verfestigten. Unsere Bemühungen blieben jedoch im wesentlichen erfolglos. Die Parteiführung lehnte grundsätzlich politische Gespräche mit der Opposition ab und überließ diesen Personenkreis den Sicherheitsorganen.

Es zeigte sich auch bei vereinzelt Einsätzen ausgewählter Mitglieder der SED, aber auch der CDU in Versammlungen oppositioneller Gruppen, daß es ihnen, die gewohnt waren, im Kreise Gleichgesinnter im Rahmen der vorgegebenen politischen Linie aufzutreten, sehr schwer fiel, eine überzeugende Sprache zu finden. Die operativen Maßnahmen der BV widerspiegeln die Hilflosigkeit der Politik und führten nur zur politischen Aufwertung der Opposition, zumal jede ihrer Aktionen und die Gegenmaßnahmen der BV von den westlichen Medien begleitet wurden.

### **Die Sicherheitsorgane sollten das Versagen der Politik ausgleichen**

Die politische Führung verlangte von uns, konsequent jede geplante öffentlichkeitswirksame Maßnahme der Opposition vorbeugend zu unterbinden. Das führte zu sogenannten vorbeugenden Gesprächen, die bald nicht mehr ernst genommen wurden. Dies führte ferner zu demonstrativen Beobachtungen und Kontrollen, die im Gegensatz zu jeder geheimdienstlichen Arbeit die operativen Kräfte dekonspirierten und die Arbeit der BV diskreditierten - bis hin zu vorläufigen Festnahmen, die letztlich die Autorität des Rechts untergruben.

In Erinnerung vieler Menschen sind die im Verhältnis zum Vorgehen der bundesdeutschen Polizei harmlosen Bilder der Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Die Bürger waren befremdet, weil das so gar nicht der propagierten heilen Welt und vor allem nicht dem sozialistischen Anspruch entsprach.

Darüber hinaus waren Schwerpunkte der Beratungen über oppositionelle Gruppen die Aufklärung vermuteter Steuerung durch Geheimdienste, die Verbindungen westlicher Botschaften, akkreditierter Journalisten und westlicher Politiker zur Opposition, die Verbindungen zu oppositionellen Gruppen in anderen sozialistischen Staaten usw.

Das Vorgehen gegen Oppositionelle und Übersiedlungersuchende macht das Versagen der Politik deutlich. Das MfS und die anderen Sicherheitsorgane und die Justizorgane mußten mit ihrer Arbeit vor allem nach dem KSZE-Gipfel in Helsinki die zunehmenden Defizite in der Innenpolitik